

## **Persönliche Erklärung von Christoph Oberst, HGW 27.5.24:**

In mehreren Videos und mittlerweile auch direkt im Wahlkampf werden Behauptungen über mich aufgestellt und ich werde persönlich angegriffen, besonders durch Thomas Kerl, aber auch andere Personen wie Axel Hochschild.

Auslöser dafür ist eine E-Mail aus dem Juni 2023, die ich im Zuge des Bürgerentscheids an den BMW-Konzern geschickt habe. Ich habe diese E-Mail privat, als Privatperson, von meinem privaten Mailaccount geschickt. Ich habe die Mail geschrieben, weil ich darüber überrascht war, dass der Name BMW auf einem Flyer der Bürgerinitiative, die mit mindestens offen rechtspopulistischen Aussagen während des Bürgerentscheids aufgefallen ist, auftauchte. Daher habe ich bei BMW angefragt, ob das Werben mit dem Namen BMW den Compliance Richtlinien entspricht und abgesprochen ist.

Die Antwort von BMW war, dass „Vertragshäuser als eigenständige Unternehmen mit großen Handlungsspielraum agieren“ und sich „BMW dazu nicht äußern kann“. Damit habe ich es belassen und nicht weiter agiert. Ich hatte bis zum Gerichtsverfahren keinerlei Kenntnis, ob und wie BMW intern in Richtung des Autohauses reagiert hat.

In verschiedenen Videos von Thomas Kerl wurde ich dann bezichtigt, ich hätte dazu aufgerufen ein Greifswalder Unternehmen zu vernichten. „Ähnlich dem Naziregime“, würde ich propagieren: „Kauft nicht bei Juden!“

Auch die lokale CDU übernahm das Narrativ von Thomas Kerl und stellte mich als Denunzianten dar – immer ohne die E-Mail zu kennen.

Die persönlichen Angriffe gegen mich durch Thomas Kerl kulminierten bei einer Veranstaltung im Kulturbahnhof mit Peter Hahne in dem Aufruf dass Menschen wie ich „aus unserem Land verjagt werden“.

Gegen diesen Aufruf und die Darstellung von Thomas Kerl bin ich juristisch vorgegangen. Da er die geforderte Unterlassungserklärung nicht unterschrieb, kam es am 21.5.24 zur Gerichtsverhandlung.

Nachdem in der Verhandlung die Kammer festgestellt hat, dass es „klar eine unwahre Tatsachenbehauptung sei“, dass ich vorhatte ein Unternehmen zu vernichten und dass sich ein Gewaltaufruf in Kerls Aussage fände, hat er einen Vergleich vorschlagen lassen, der besagt, dass 1. Thomas Kerl nicht mehr sinngemäß behaupten darf, ich hätte zur Vernichtung eines Greifswalder Unternehmens aufgefordert. 2. Darf er nicht mehr öffentlich fordern, dass ich aus unserem Land verjagt oder rausgeschmissen werde. 3. Die entsprechende Passage des Videos musste sofort gelöscht werden. Bei Zuwiderhandlung droht ein Ordnungsgeld von bis zu 250.000 €. Die Kosten des Verfahrens wurden zu 75% Thomas Kerl angelastet.

Dem Vergleich habe ich zugestimmt (obwohl ich gerne auch den Sieg vor Gericht gehabt hätte), weil Thomas Kerl sich so nicht als Justizopfer darstellen und nicht in Berufung gehen und so das Verfahren in die Länge ziehen kann.

Zum Ausgang des Gerichtsverfahrens gibt es auch zwei Zeitungsartikel: Hier vom [Nordkurier](#), hier der der [OZ](#) und ein neues Video von Thomas Kerl. Dort behauptet er, ich hätte die E-Mail vor Gericht veröffentlichen müssen. Das ist falsch. Ich habe die E-Mail freiwillig vorgelegt.

Vor Gericht und im Vorfeld war klar, Thomas Kerl kannte den Wortlaut der E-Mail nicht, auch die Geschäftsführerin des Unternehmens kannte diesen nicht. Und noch weniger kannte die Greifswalder CDU den Inhalt, was sie nichtsdestotrotz zu wilden Spekulationen in Form einer öffentlichen Anfrage an den Oberbürgermeister veranlasste. Die aber wegen möglicher Verletzung meines Persönlichkeitsrechts, nicht beantwortet und aus dem Ratsinfosystem genommen wurde. Aus wahlkampfaktischen, populistischen Gründen stellt mich die CDU weiterhin als Denunzianten dar, der das Unternehmen verunglimpft und dadurch sogar rufschädigend gegen die Stadt Greifswald agiert hat und deswegen beantragte sie in der Bürgerschaft vom 27.5.24 meine Abwahl aus den Ausschüssen, in denen ich Mitglied bin.

Gegen diese Darstellung wehre ich mich. Ich habe nichts falsch gemacht, niemanden persönlich angegriffen und die Eskalation der Situation nicht verschuldet. Die Falschdarstellung des Sachverhalts wurde von anderer Seite betrieben und populistisch genutzt.

Demokratie muss wehrhaft sein. Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut in Deutschland, aber sie darf nicht verletzen. Es gibt Grenzen, die gegen mich überschritten wurden. Das sah im Fall des Kerl Videos auch das Gericht so.

Gegen andere und meine KollegInnen und FreundInnen werden tagtäglich und andauernd Grenzen weiter überschritten. Brandstiftern, die applausheischend dazu aufrufen Menschen aus dem Land zu jagen, muss Einhalt geboten werden – erst recht im Zuge der unsäglichen Remigrationsdebatte. Viel zu oft lassen wir das durchgehen.

Christoph Oberst

Im Folgenden veröffentliche ich den kompletten Wortlaut der E-Mail an den BMW Konzern:

- Beginn der E-Mail –

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Greifswald findet am 18.6.2023 ein Bürgerentscheid zur Frage statt, ob städtische Flächen an den Landkreis zwecks Errichtung von Containerdörfern verpachtet werden dürfen. Die öffentliche Meinung dazu ist sehr polarisiert. Bundesweit Presseecho fanden verschiedene Demonstrationen am Beginn der Debatte, zum Beispiel <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/greifswald-demonstrierende-attackieren-oberbuergemeister-bei-protest-gegen-fluechtlingsunterkunft-a-f27130b0-09e2-4e0c-9702-adbabdfeee43>.

Bei der Postwurfsendung der Nein Kampagne zum anstehenden Bürgerentscheid, mit einer Auflage von 40.000 Stück, sind mehrere lokale Firmen als Unterstützer gegen die Containerdörfer aufgeführt, siehe Anlage.

Besonders fällt dabei BMW Leschitzki aus Greifswald auf, da gerade BMW als international agierender Konzern bereits im Jahr 2015 sehr positiv der Aufnahme von Geflüchteten gegenüberstand: <https://www.press.bmwgroup.com/deutschland/article/detail/T0243842DE/bmw-group-unterstuetzt-500-fluechtlinge-bei-der-sozialen-und-beruflichen-integration?language=de>

Zitat: Manfred Schoch, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der BMW AG erklärt: „Für unsere Mitarbeiter ist die Zusammenarbeit und Kollegialität zwischen unterschiedlichen Nationalitäten und Kulturen eine Selbstverständlichkeit. Und ich freue mich sehr, dass auch das Helfen für so viele eine Selbstverständlichkeit ist. Es macht mich stolz, dass sich so viele unserer Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter als Mentoren engagieren und neben ihrem Job dazu beitragen, dass Menschen eine Perspektive bekommen, die keine mehr hatten und deshalb ihre Heimat verlassen haben.“

Da ich nicht davon ausgehe dass sich die Einstellung des BMW Konzerns zur Geflüchteten-Thematik komplett ins Gegenteil gekehrt hat, frage ich mich, ob BMW Leschitzki seinen Firmennamen ohne Freigabe des Mutterkonzerns auf dem Flyer abdrucken lässt, bzw. wie der Mutterkonzern der Thematik und dem Werben gegenübersteht.

Weitere Informationen, u.a. zu den Initiatoren des Bürgerentscheids: [LINK](#)

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Oberst

- Ende der E-Mail -